



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/10 - 12. Januar 1956

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 31-33
Fernschreiber 039 890

Sorgen um die Kriegsgopfer	S. 1
Zum Besuch des brasilianischen Präsidenten Kubitschek	S. 3
FDJ - Staat in Staate	S. 5

Die Kriegsgopfer mahnen

H.R. Am Donnerstag tagte in Bonn das vom Reichsbund der Kriegs- und Zivilbeschädigten einberufene 3. Kriegsgopfer-Parlament. "Immer wenn es galt, die Bundesregierung, die Bundesparlamente und die deutsche Öffentlichkeit in entscheidenden Augenblicken über notwendige Verbesserungen in der Kriegsgopfer-Versorgung zu unterrichten", heisst es im Einladungsschreiben des Reichsbundes, "hat der Reichsbund das von ihm geschaffene Kriegsgopfer-Parlament nach Bonn einberufen, um als Sprecher die berechtigten Forderungen für Millionen Opfer des Krieges zu begründen. Es gilt nämlich, die Kriegsgopfer-Versorgung da- vor zu bewahren, dass sie in noch stärkerer Masse als bisher in eine Bedürftigkeitsversorgung abgleitet. Diese Gefahr ist umso bedrohlicher, weil eine bevorstehende 5. Novelle zum Bundesversorgungsgesetz lediglich eine einseitige Erhöhung der Ausgleichsrenten vorsieht."

Hier muss noch einmal daran erinnert werden, dass die SPD-Bundestagsfraktion schon am 29. September 1955 einen Antrag auf Verbesserungen der Leistungen an die Kriegsgopfer eingebracht hatte. Im Rahmen ihrer Bemühungen, eine Stärkung der Massekraft herbeizuführen, beantragte die SPD eine Erhöhung der Grundrenten um 25 % und eine Erhöhung der Ausgleichsrenten um 35 % im Schnitt. Die SPD forderte zugleich, dass dieses Gesetz am 1.12.1955, also noch rechtzeitig vor Weihnachten, in Kraft treten sollte.

Der SPD-Antrag wurde erstmalig am 28. November 1955 vom Bundes-

tagsausschuss für Kriegsopfer- und Heimkehrerfragen behandelt. In dieser Sitzung erklärte der Bundesfinanzminister, dass er nur bereit sein werde, im Höchstfalle 140 Millionen DM zur Verbesserung der Kriegsopferrenten bereitzustellen.

Die Sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten haben sich bei der Beratung mit aller Schärfe gegen die Absicht des Bundesfinanzministers gewandt, da 140 Millionen DM nur gerade ausreichen würden, um die Ausgleichsrenten anzuheben. Nur 18 % aller Kriegsopfer beziehen Ausgleichsrente und von diesen nur 8 % die volle Ausgleichsrente. Die Bestimmungen über die Anrechnungsfähigkeit des sonstigen Arbeitsverdienstes würden ausserdem dazu führen, dass effektiv nur 10 % aller Kriegsopfer eine Erhöhung erhielten.

Auf der entscheidenden Sitzung des Bundestageausschusses für Kriegsopfer- und Heimkehrerfragen haben sich dann am 9. Dezember 1955 die Vertreter der CDU/CSU, der FDP und DP wieder einmal von engherzigen fiskalischen Überlegungen leiten lassen. Statt für eine fortschrittliche Kriegsopferversorgung einzutreten, haben die Abgeordneten der Regierungsparteien die von der SPD vorgeschlagenen Verbesserungen abgelehnt. Die Erhöhung der Grundrenten wurde mit neun gegen acht Stimmen vereitelt. Statt allen Kriegsopfern Verbesserungen zu gewähren, sollen nach dem Willen der Regierungsmehrheit also nur 10 % der Betroffenen eine Leistungserhöhung erhalten. Angesichts der günstigen finanziellen Haushaltslage des Bundes und der Entwicklung des Sozialprodukts, die der Bundesfinanzminister bei seiner letzten Estatrede als stolze Bilanz feierte, ist die Haltung der Regierungsvertreter völlig unverständlich.

Hoffentlich wird der Appell des 3. Kriegsopfer-Parlaments nicht ungehört verhallen. Vor allem sollten ihn die Abgeordneten der Regierungskoalition bei der weiteren Beratung der 5. Novelle zum Bundesversorgungsgesetz berherzigen. Die Verpflichtung des Staates, den Kriegsbeschädigten und ihren Angehörigen sowie den Hinterbliebenen der Toten zweier Weltkriege zu helfen, ist unabdingbar. Sie kann nicht durch Halbsheiten erfüllt werden.

Am 15. Januar wird Juscelino Kubitschek, der im Oktober zum Präsidenten von Brasilien gewählt wurde und am 1. Februar sein Amt antreten wird, auch der Bundesrepublik einen Besuch abstatten und in Bonn politische Gespräche führen. Kubitschek ist 54 Jahre alt, Sohn eines Schneiders aus der Tschechoslowakei, der um die Jahrhundertwende nach Brasilien auswanderte. Von Beruf Arzt, ging er 1930 in die Politik und wurde 1945 Gouverneur des brasilianischen Industriestaates Minas Gerais. Er ist ein sehr befähigter Verwaltungsmann, der in "seinem" Staat ein grosses Aufbauprogramm erfolgreich durchgeführt hat und deshalb sehr volkstümlich geworden ist. Der folgende Beitrag unterrichtet kurz über die Problematik seines Landes und seiner eigenen Stellung.

Brasilianische Good-will-Reise

Kubitscheks Pläne und die politisch-soziale Realität

Dr. R. Brasilien musste manchen gefährlichen Augenblick überstehen, seitdem Vargas 1954 zur Pistole gegriffen hatte. Hart an Staatsstreich der bewaffneten und in sich uneinigen Streitkräfte vorbei gelang es, nach dem Interregnum Café Filho die Amtsübernahme durch den im Oktober gewählten Präsidenten Juscelino Kubitschek zum legalen Termin (1. Februar 1956) zu sichern. Der Arzt Kubitschek, der in die Politik ging, ist Sozialdemokrat; ein parteipolitischer Vergleich mit der deutschen Sozialdemokratie würde allerdings hinken, weil es richtiger erscheint, die Partei Kubitscheks als eine Repräsentantin sozialer Demokratie im speziell lateinamerikanischen Sinne zu sehen. Nur so wird es verständlich, dass er sich bei der Wahl auf die Unterstützung der von Vargas gegründeten Arbeiterpartei stützen konnte, die einmal totalitäre Züge aufwies, von denen sie sich in der zweiten Aera der Vargas-Präsidentschaft allerdings wieder etwas entfernt hatte.

Kubitschek siegte im Oktober gegen seinen konservativen Gegenkandidaten Cavara, jedoch nicht mit einer eindeutigen Mehrheit. Seine Wahl wurde von der Gegenseite angefochten mit dem Argument, ihn hätten auch die Kommunisten unterstützt. Da die Partei verboten ist, war sie gar nicht in der Lage, für eine Kandidatur Kubitscheks wirksame Propaganda zu machen. Die kommunistischen Mitläufer wählten ihn, weil sie den konservativen Gegenkandidaten kaum wählen konnten. Kubitschek hat sich bereits auch insoweit von seinen unerbötlichen Wählern distanziert, als er offen für das Weiterbestehen des Verbots der KP eintrat.

Nun will Kubitschek mit einem Stein an Bein, dem Vicepräsidenten aus der Arbeiterpartei Vargas mit Namen Goulart, seine Amtsperiode be-

ginnen. Dagegen waren Putschabsichten der Flotte und Luftwaffe gerichtet, die wiederum zu unblutigen Staatsstreichen der Armee unter Führung General Lotts führten. Lott argumentierte, der legal gewählte Präsident müsse auch in die Lage gesetzt werden, legal sein Amt anzutreten. Indem sich die Armee als einziger Wehrmachtsteil loyal an die Gesetze hielt, machte sie aber auch deutlich, dass der neue Präsident einzig ihrem frühzeitigen Eingreifen verdankt, überhaupt zur Amtsübernahme zu kommen. Aus dieser Bindung von Anfang an könnten sich einmal Schwierigkeiten ergeben.

Zunächst gilt es, Schwierigkeiten anderer Art schnell zu meistern. Seit 1939 steht Brasilien in einer Inflation. Sein agrarischer Hauptexport ist der Kaffee; der Gewinn ist aber von guten Ernten und guten Preisen abhängig. Andererseits lässt die übrige Landwirtschaft vieles zu tun übrig; es müssen mehr Lebensmittel eingeführt werden als der Handelsbilanz gut ist. So machte sich denn Kubitschek auf eine Goodwill-Reise, denn wenn er das Land aus der wirtschaftlichen Enge herausbringen will, braucht er Hilfe, Verständnis für die Devisenlage, Kapital für die sprunghafte industrielle Entwicklung, die Einwanderung von erfahrenen Landwirten, technischen Experten. In Key West sprach Kubitschek Eisenhower, in Washington Dulles; dabei schwor er jedem Extremismus ab, legte aber auch zugleich den Finger auf die Wunde Lateinamerikas, die Armut der Massen, die Verzweiflung der Unprivilegierten, die sie zum Radikalismus treibt. In Erwartung amerikanischer Kapitalien wandte er sich gegen die Methode, solches Kapital hereinzuholen und dann die damit aufgebauten Industrien zu nationalisieren. Weitere Stationen dieser Reise waren bzw. sind London, Paris und Bonn. Dann begibt er sich nach Portugal, um "als Sohn des Vater seinen Besuch abzustatten".

Doch entscheidet sich die Zukunft des legalen Anwärters auf die oberste Macht in Brasilien erst an jenem Tage, da er sein Amt übernehmen kann. Wird die wirtschaftliche Labilität beseitigt werden können, ohne dass mächtige Interessen an den dann nicht ausbleibenden Sanierungsmaßnahmen Anstoß nehmen, weil sie für ihre Gewinne fürchten? Vor allem auf diese entscheidende Frage kann auch der neue Mann Brasiliens erst antworten, wenn er sie als Staatschef anfasst. Sein Programm jedenfalls hat die schwachen Punkte Brasiliens erkannt und will sie beseitigen.

Aschermittwoch für die Zonenjugend

Kj. Die natürliche Begeisterungsfähigkeit der Jugend ist von den Machthabern in Pankow in einer Weise strapaziert worden, die nicht ohne schwerwiegende Folgen für das Regime bleiben konnte. Das beweist wohl nichts eindeutiger als die Zahl der jugendlichen Flüchtlinge: ihr Anteil erreichte im ersten Halbjahr 1955 51 Prozent.

Was sind die Ursachen für diese Abkehr vom "ersten Arbeiter- und Bauernstaat in der deutschen Geschichte"? Die Objektivität gebietet festzustellen, dass die Pankower Regierung viel Geld für die Jugendförderung ausgegeben hat - mehr, sehr viel mehr als die Bundesrepublik. Nur tat sie das niemals um der Jugend selbst willen, für ihre Entwicklung zu freien und freien Menschen. Der politische Zweck stand hinter allen staatlich verordneten Förderungsmassnahmen. Mit der "Brechung des Bildungsprivilegs" begann das Privileg für die Kinder der Linientreuer SED-Funktionäre und der Apparatschiks. Das Leben der Jugendlichen wurde bis in die privatesten Bezirke hinein politisiert, der Schulunterricht wurde zum Parteilehrgang, die Freizeit wurde ausgefüllt mit FDJ-Dienst, "freiwilligen" Arbeitseinsätzen und Schulklubstunden.

Über die vormilitärische Ausbildung in der "Gesellschaft für Sport und Technik" führt ein gerader Weg zur Kasernierten Volkspolizei. Schon im vergangenen Jahr wurde die Freiwilligenwerbung weitgehend durch unmissverständlichen Zwang abgelöst: die Studenten der "Arbeiter- und Bauernafakultäten" hatten sich in grosser Zahl zum Wehrdienst zu verpflichten. Die Antwort darauf war die Massenflucht der von der Uniform bedrohten Jugendlichen.

Im Jahre 1956 wird sich noch deutlicher^{er} zeigen, dass der Zonenjugend die bisherige Förderung nicht geschenkt worden ist. Jetzt geht es ans Zahlen. Der Haushalt der "DDR" für 1956 sieht vor, dass die Gemeinden künftig die Ausgaben für das "Gesetz zur Förderung der Jugend" aus ausserplanmässigen Mitteln zu finanzieren haben. Jugendklubs, Sportanlagen, Kulturhäuser und Lehrlingsheime sind künftig "aus eigener Initiative" zu erstellen. Zum Staat im Staate werden die FDJ-Leitungen. Ihnen steht nun auch das Recht zu, Mitglieder zum KVP-Dienst zu delegieren. Die Zulassung zum Studium wird den Abiturienten nur dann gegeben, wenn sie sich zur Ableistung der Militärdienstzeit verpflichten. Der Mangel an landwirtschaftlichen Fachkräften lässt die Machthaber zu der einfachen Lösung greifen, technisch interessierten Jugendlichen nur dann eine Lehrstelle in der Industrie zu vermitteln, wenn sie sich verpflichteten, spätestens nach einem Jahr die Ausbildung auf den Maschinen- und Traktorenstationen fortzusetzen. Alle Berufsausbildung aber läuft auf den Grundsatz hinaus: wer sich nicht zum Militärdienst bereit zeigt, hat keine Chance, im Beruf vorwärtszukommen.

Die Glanzzeiten der FDJ aber sind im Grunde lange vorbei; die Jugend ist der Phrasen müde geworden und sie hat erkannt, wie sehr sie von dem Regime missbraucht wird. Das beweist die Fluchtbewegung ebenso wie die Tatsache, dass heute in der "DDR" nur noch 6 200 Jugendbrigaden existieren - 1949 waren es 36 000! Der anfänglich vielfach ehrlichen Begeisterung der Jugend in der Zone ist ein trauriger Aschermittwoch gefolgt.

Der Rundfunk zum SPD-Kongress "Die Neuordnung Deutschlands"

NDR/WDR	15.1.	Mittelwelle	19.30 Uhr	Ausschnitte aus den Hauptreferaten.
Bayer. RfK.	16.1.	Mittelwelle	18.00 Uhr	Ausschnitte mit Kommentar
" "	16.1.	UKW	21.00 Uhr	Ausschnitte mit Kommentar
Hess. RfK.	15.1.	I. Programm	13.45 Uhr	Ausschnitte
" "	15.1.	I. Programm	22.05 Uhr	Ausschnitte
Südd. RfK.	14.1.	I. Programm	17.45 Uhr	Ausschnitte
" "	15.1.	I. Programm	14.00 Uhr	Ausschnitte
Radio Bremen	14.1.	I. Programm	17.45 Uhr	Eröffnungsgespräch Ollenhauer
" "	15.1.	I. Programm	19.15 Uhr	Ausschnitte
Sender Freies Berlin	14.1.	I. Programm	19.00 Uhr	Interview
" "	15.1.	I. Programm	21.45 Uhr	Interview
RIAS Berlin	15.1.	I.u.II. Programm	10.30 Uhr	Interview
" "	19.1.	I. Programm	21.30 Uhr	Ausschnitte
" "	19.1.	II. Programm	22.00 Uhr	Ausschnitte
Südwestfunk	16.1.	I. Programm	19.30 Uhr	Bericht u.d. Kongress
" "	16.1.	II. Programm	22.30 Uhr	Bericht u.d. Kongress
" "	17.1.	I. Programm	22.20 Uhr	Ausschnitte
EBC-Deutschlanddienst	17.1.	Mittelwelle	20.30 Uhr	Ausschnitte

und das Fernsehen bringt am

16.1. um 20.20 Uhr eine Sondersendung zum Kongress

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau